

Das Wochenmagazin der SPÖ www.spoe.at

SPÖ

AKTUELLES

3. Mai 2000 • Nr. 17 • 22 Pf.

Beitragender zur Steuerentlastung
von ÖGB-Chef Erich Foglar

SPÖ hält Arbeit hoch!



INTERN

Steuerentlastung, Stärkung der Kaufkraft, Ankurbelung der Wirtschaft, Investitionen in Infrastruktur, soziale Sicherheit und Arbeitsmarkt: Das sind die wesentlichen Elemente, aus denen das Budget-Gebäude in Zeiten der Wirtschaftskrise zusammengesetzt sein muss. Und das vorliegende Budget der Regierung Faymann ist ein Kampfbudget gegen Arbeitslosigkeit und Verringerung der sozialen Standards. Mit einer Garantie dafür, dass die Regierung unser Land gut durch die Krise steuert, ist die Tatsache, dass alle Schlüsselressorts in sozialdemokratischer Hand sind – und diese Ressorts haben im jetzigen Budget mehr Geld zur Verfügung als bisher.

Im Budget kam dem Bildungsressort eine Schlüsselrolle zu – hier konnte Bildungsministerin Claudia Schmied die notwendigen finanziellen Mittel für wichtige Schulreformen lukrieren. Profitieren werden die SchülerInnen, denn eine gute Ausbildung ist der beste Schutz gegen Arbeitslosigkeit. Investitionen in die Bildung sind daher Investitionen in die Zukunft.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Steuerentlastung	4
Interview mit Finanzstaatssekretär Andreas Schieder	5
Budget	6
Schulreformen	8
Gastkommentar von ÖGB-Chef Erich Foglar	14

Österreich holt sich EU-Gelder optimal zurück

Österreich hat sich in den vergangenen Jahren geschickt und erfolgreich EU-Mittel zurückgeholt“, freut sich SPÖ-Rechnungshofssprecherin Christine Lapp. Im Jahr 2007 flossen von den insgesamt 2,16 Milliarden Euro, die Österreich in Brüssel ablieferte, rund 1,6 Milliarden wieder zurück. 71 Prozent davon gingen in die Landwirtschaft im Zuge der Förderung der ländlichen Entwicklung. Der Rechnungshof in seinem jüngsten

Bericht: „Die Nutzung der EU-Mittel im Rahmen dieses Programms kann mit 100 Prozent angegeben werden – eine optimale Nutzung.“ Aber auch für die Strukturprogramme hat Österreich zugeht: Hier wurden 88 Prozent der zur Verfügung stehenden Gelder abgeholt. ♦



Christine Lapp

Spöla

mitreden.spoe.at

Meinungsforum:

Sicherheitsrisiko E-Voting?

Bei der kommenden ÖH-Wahl wird erstmals die Stimmabgabe per E-Voting möglich sein. Während Wirtschaftsminister Hahn von „Avantgarde“ spricht, warnen ExpertInnen und mehrere Studierendenfraktionen vor dem unsicheren E-Voting. Kritik, die auch VSSStö-Spitzenkandidatin Sophie Wollner teilt, die von einem „nicht ausgereiften System und demokratiepolitischem Wahnsinn“ spricht.

Auf www.mitreden.spoe.at können Sie über Für und Wider der elektronischen Stimmabgabe mitdiskutieren.

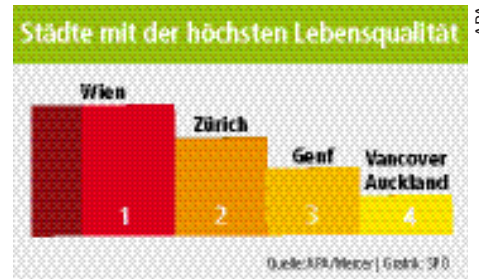


Zinner

Staatssekretär Josef Ostermayer

Staatliche Medienförderung für Privat-Rundfunk

Private und nicht kommerzielle Rundfunkanbieter bekommen nun eine staatliche Medienförderung. Fünf Mio. Euro für Private und eine Mio. für Nicht-Kommerzielle (z.B. Freie Radios, Community-TV) sollen dafür in zwei getrennten Förderfonds bereitgestellt werden. Medienstaatssekretär Josef Ostermayer ist zufrieden mit dem Budget. Denn trotz schwieriger Budgetlage ist es gelungen, für den wichtigen Bereich der privaten und nichtkommerziellen Rundfunkbetreiber eine Unterstützung des Bundes zu erreichen. ♦



APA

Wien hat höchste Lebensqualität

Eine große Auszeichnung wurde der Stadt Wien zuteil: Zum ersten Mal wurde die Bundeshauptstadt zu jener Metropole gewählt, die weltweit die höchste Lebensqualität aufweist. Wien hat damit Zürich, das 2008 topplatziert war, überholt. Den dritten Rang belegt, wie letztes Jahr, Genf. Als Basis der Beurteilung der Lebensqualität wurden für jede Stadt 39 Kriterien herangezogen. Diese Merkmale schließen u.a. politische, soziale, wirtschaftliche und ökologische Aspekte ein. ♦

Zitat der Woche

„Die Welt ist nicht mehr dieselbe. Wir SozialdemokratenInnen haben zuviel aus der Geschichte gelernt. Wir sind nicht der Arzt am Krankenbett des Kapitalismus.“

Der Wiener SPÖ-Vorsitzende Michael Häupl beim Landesparteitag am 25. 4. 2009



SPÖ Klub

Gerechter Preis für faire Milch

Anlässlich europaweiter Demonstrationen von Milchbauern für einen fairen Milchpreis hat die SPÖ ihre Solidarität bewiesen. Auch die von der IG Milch in Wien organisierte Großdemonstration wurde unterstützt. „Der faire Preis für ein gesundes und ehrliches Produkt ist die Zukunft für unsere Bäuerinnen und Bauern“, so SPÖ-Agrarsprecher Kurt Gaßner. Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Faymann habe sich klar für den Erhalt des Milchstandortes ausgesprochen. Zentrales Anliegen für die SPÖ sind gerechtere Förderzahlungen für die Milchbauern“, so Gaßner. ♦



Zeit der Arbeit

Der 1. Mai ist ein Tag, auf den wir SozialdemokratInnen stolz sind. Und das zu recht. Wir erinnern uns an die vielen Verbesserungen, die unsere Bewegung in den vergangenen 120 Jahren, oft in harten Auseinandersetzungen, erringen konnte. Dieses Erbe gilt es heute zu verteidigen.



Lehmann

beitnehmerInnenbewegungen und damit eine starke SPÖ, sondern auch auf europäischer Ebene. Ein relevanter Teil unserer Gesetzgebung findet längst im Europäischen Parlament statt und beeinflusst uns damit unmittelbar. Auf europäischer Ebene dominieren heute aber leider noch immer die Konservativen. Gleichzeitig haben globale Finanzkonzerne und deren Lobbyisten einen zu großen Einfluss auf die Entwicklungen dieser Europäischen Gemeinschaft.

Dem 1. Mai, den wir SozialdemokratInnen vergangenes Wochenende gefeiert haben, kommt angesichts der globalen Wirtschaftskrise wieder einmal eine ganz besondere Bedeutung zu. Denn der Wert, den die Arbeit für jede/n Einzelne/n einnimmt, zeigt sich besonders in Zeiten, in denen weltweit ein gravierender Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist. Es ist unser historischer Auftrag, dass wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten alles in unserer Macht stehende unternehmen, damit die Menschen von Arbeitslosigkeit verschont bleiben und mit ihrem Schicksal nicht allein gelassen werden. Am Tag der Arbeit wurde ein starkes Signal für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und für soziale Sicherheit gesetzt.

Für uns ist jetzt die Zeit der Arbeit gekommen – und damit die Zeit, die Trümmer des neoliberalen Wirtschaftssystems beiseite zu räumen und ein neues aufzubauen, das sich tatsächlich an der Realwirtschaft orientiert und in dem die Menschen und ihre Bedürfnisse im Vordergrund stehen. In Österreich haben wir damit bereits begonnen. In Europa werden wir diese Arbeit ebenso aufnehmen und gemeinsam mit den sozialdemokratischen Parteien der anderen Länder ein Europa der Arbeit und der Menschen schaffen. ♦

Der 1. Mai stand von Beginn an unter dem Zeichen des Kampfs gegen Ungerechtigkeit und für Solidarität auf allen Ebenen.

1889 wurde der 1. Mai auf der II. Internationale in Paris zum Festtag des Proletariats bestimmt. Ab 1890 wurde der 1. Mai von den SozialdemokratInnen in Wien und anderen Städten festlich begangen und 1919 als Staatsfeiertag eingeführt. Dieser Feiertag stand von Anfang an im Zeichen der internationalen ArbeiterInnenbewegung. Von Beginn an war den Gründervätern unserer Bewegung bewusst, dass das Großkapital kaum nationale Schranken kennt und man deshalb auch die ArbeiterInnenbewegung im großen Stil denken und stärken muss. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Ganz im Gegenteil, und das ist unbestritten, waren die letzten Jahrzehnte von einer Globalisierungswut geprägt, wie sie die Menschheit noch nicht gesehen hat. Die Ge-

schichte hat damit dem Konzept der Sozialdemokratie, ihrem Kampf gegen Ungerechtigkeit und für Solidarität auf allen Ebenen einmal mehr recht gegeben. Ja wir sind heu-

„Für uns ist jetzt die Zeit der Arbeit gekommen – und damit die Zeit, die Trümmer des neoliberalen Wirtschaftssystems beiseite zu räumen und ein neues aufzubauen.“

te mehr als jemals zuvor gefordert, die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu vertreten und zu verteidigen. Dafür ist es notwendig, auf allen Ebenen gerüst zu sein. Konkret heißt das, wir brauchen nicht nur auf nationaler Ebene starke Ar-

STEUERN

Ab jetzt wird de

Seit Anfang April ist die große Steuerentlastung in Kraft. Den Menschen bleibt dadurch mehr in der Geldbörse. Das hilft jedem Einzelnen und sorgt dafür, dass die Wirtschaft wieder in Schwung kommt.



Fotolia Gewinner der Steuerentlastung. 1,8 Milliarden der insgesamt 3,2 Milliarden Euro laufen direkt in den Konsum. Das ist ein wichtiger, natürlicher Stabilisator der Konjunktur. Diese kräftige Stärkung des Mittelstandes kurbelt die Nachfrage an und sichert somit den sozialen Frieden in Österreich. Gemeinsam mit den beiden Konjunkturprogrammen hat die Regierung Faymann europaweit die umfassendsten Pakete zur Belebung der Wirtschaft geschnürt und am raschesten und konsequentesten gehandelt.

Eckpunkte der Steuerentlastung

Nutznieser der Steuersenkung sind eben kleine und mittlere EinkommensbezieherInnen: 2,7 Millionen Menschen zahlen keine Lohnsteuer, 160.000 Menschen kommen durch die Steuerreform hinzu, da der Grenzwert, ab dem Lohnsteuer zu zahlen ist, von 1.000 Euro auf 1.100 Euro Bruttoverdienst im Monat angehoben wurde. Grundsätzlich wirkt die Entlastung bei den niedrigeren Einkommen prozentuell stärker. Aber auch für den Mittelstand schlägt sich die Steuersenkung positiv zu Buche: Für Jahreseinkommen unter 25.000 Euro wurde der Grenzsteuersatz von 38,33 auf 36,50 gesenkt.

Auch die Familien kommen bei den von der Regierung beschlossenen Maßnahmen nicht zu kurz – sie werden um 500 Millionen Euro entlastet. So werden die Kinderabsetzbeträge für alle Kinder von 610 auf 700 Euro angehoben und direkt ausbezahlt. Weiters können mit der Einführung eines Kinderfreibetrages 220 Euro pro Kind von der Steuer abgesetzt werden. Überdies kann professionelle Kinderbetreuung mit einem Betrag von 2.300 Euro pro Jahr und Kind (bis zum 10. Lebensjahr) abgesetzt werden. ♦

Auch Familien profitieren enorm von der Steuerentlastung 2009 – ihnen bleibt einiges mehr an Geld für ihr Leben.

Wie wichtig in wirtschaftlich schwierigen Zeiten entschlossenes Handeln ist, zeigt sich anhand der letztes Jahr monatelang geführ-

lastungsmaßnahmen zu überzeugen. Die Stoßrichtung der Steuersenkung zeigt, dass die SPÖ in dieser Frage federführend war und die Entlastung klar eine sozialdemo-

„Häuslbauer, Parzellenbesitzer und Sparbuchinhaber dürfen keinesfalls am Ende die Zeche für die Krise zahlen. Das wird es mit uns nicht spielen.“

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter

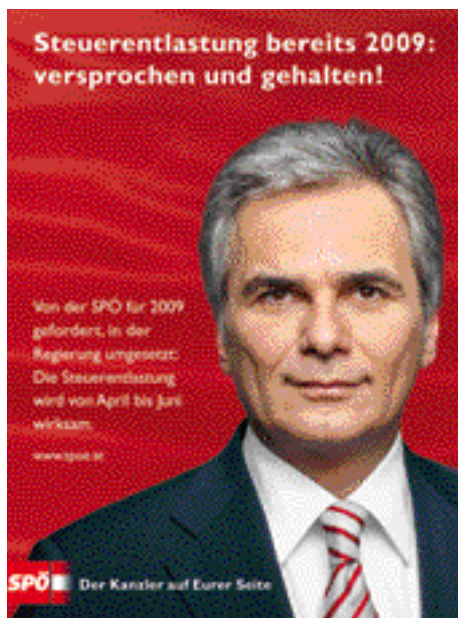


SPÖ

ten Debatte über ein Vorziehen der Steuersenkung. Bundeskanzler Werner Faymann ist es aufgrund seiner Beharrlichkeit gelungen, letztlich auch die ÖVP von der Wichtigkeit rascher und umfassender Ent-

lastungsmaßnahmen zu überzeugen. Die Stoßrichtung der Steuersenkung zeigt, dass die SPÖ in dieser Frage federführend war und die Entlastung klar eine sozialdemo-

utlich entlastet!



Die Inseratenkampagne der SPÖ zur Steuerentlastung.

ZUM THEMA

Perspektiven für gerechtere Verteilung

Eine SPÖ-interne Arbeitsgruppe soll unter Leitung von SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter und Finanzstaatssekretär Andreas Schieder Vorschläge für ein gerechteres Steuersystem erarbeiten. „Das Ganze ist eine Perspektivengruppe und mündet im Parteitag 2010“, so Kräuter. „Kernaufgabe“ der Arbeitsgruppe sei, die Position der Sozialdemokratie zum Thema Verteilungsgerechtigkeit und zu Gerechtigkeitsfragen insgesamt klarzumachen; auf der anderen Seite sollen Themen formuliert werden, die in die von der Regierung geplante Steuerreformkommission einfließen sollen. „Diskussionen über mehr Steuergerechtigkeit sind aus Sicht der SPÖ immerzu führen“, betont der SPÖ-Bundesgeschäftsführer. Dabei gehe es um eine Zielgruppe, die über ein Vermögen von mehreren Millionen Euro verfügt. „Häuslbauer, Parzellenbesitzer und Spargbuchinhaber dürfen am Ende keinesfalls die Zechen für die Krise zahlen. Das wird es mit uns nicht spielen“, macht Kräuter deutlich.

INTERVIEW

„Ein Budget mit Charakter“

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder zur Stoßrichtung des kürzlich beschlossenen Doppelbudgets und der Diskussion über mehr Verteilungsgerechtigkeit.



Finanzstaatsstaatssekretär Andreas Schieder

SPÖ Aktuell: Wie immer nach dem Beschluss eines Budgets wurde in den Medien bewertet, welche Partei sich mehr durchgesetzt hat. Was ist ihre Einschätzung?

Andreas Schieder: Ich möchte diese Frage vorweg grundsätzlicher beantworten, und zwar mit einem Zitat des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt: „In der Krise beweist sich der Charakter“. Und in dieser Krise beweist diese Bundesregierung mit dem vorgelegten Budget Charakter. Charakter, weil wir in einer schwierigen Zeit rasch und richtig handeln. Weil wir die richtigen Schwerpunkte setzen. Damit aus dieser Wirtschaftskrise nicht eine soziale Krise wird.

Das heißt: Die SPÖ findet sich in diesem Budget wieder?

Andreas Schieder: Selbstverständlich, die sozialdemokratische Handschrift ist ganz deutlich erkennbar. Wir setzen klare Schwerpunkte bei der sozialen Sicherheit.

Zimmer: Wir ermöglichen mit allen Maßnahmen bei den Zukunftsinvestitionen Bildung, Infrastruktur und Wissenschaft, dass Österreich am Ende dieser Krise den Aufschwung nutzen kann. Und wir haben klar und unmissverständlich den Schwerpunkt im Bereich des Arbeitsmarktes gelegt: Mit 190 Millionen Euro im Bereich der Kurzarbeit und mehr Geld als je zuvor für die aktive Arbeitsmarktpolitik, alleine 2009 978 Millionen Euro. Wir lassen in diesen schwierigen Zeiten die Menschen nicht im Stich, beweisen

Charakter und kämpfen für jeden Arbeitsplatz.

Für Diskussionen hat in letzten Tagen die Finanzierung einer weiteren Steuerreform in dieser Legislaturperiode gesorgt. Was sind hier die Prämissen für die SPÖ?

Andreas Schieder: Wir haben im Regierungsprogramm die Einsetzung einer Steuerreformkommission verankert, die Vorschläge für ein effizienteres Steuersystem unterbreiten soll. Eine Arbeitsgruppe in der SPÖ arbeitet bereits jetzt eigene Ideen aus. Für uns steht dabei mehr Gerechtigkeit im Vordergrund. Das heißt: Wir wollen Arbeit entlasten, Vermögen und Finanzprodukte sollen stärker belastet werden, etwa durch eine Vermögenszuwachs oder eine europäische Finanztransaktionssteuer. Diese Debatte ist zu führen, das werden wir uns auch nicht nehmen lassen. Denn Steuergerechtigkeit gehört zu unseren Grundwerten und ist das ureigenste Anliegen einer sozialdemokratischen Partei. ♦

BUDGET

Kampf um jeden

Mit dem Budget 2009/2010 investiert die Regierung in soziale Sicherheit und in den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Es ist ein Budget, das die Kaufkraft stärkt und die Konjunktur stützt und somit in Zeiten der Krise die richtigen Schwerpunkte setzt.



Bundeskanzler Werner Faymann und die SPÖ-geführte Regierung lassen die ArbeitnehmerInnen nicht im Stich und kämpfen um jeden Arbeitsplatz.



Infrastrukturstministerin Doris Bures

Infrastruktur: Investieren, forschen, sparen

In den Budgetverhandlungen hat Infrastrukturstministerin Doris Bures einen klaren Schwerpunkt auf Investitionen gesetzt. So ist es gelungen, die Mittel für den Ausbau und die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur deutlich zu erhöhen – mit erwartbar positiven Effekten für Beschäftigung, Wirtschaftsstandort und umweltfreundliche Mobilität. Im Voranschlag für 2009 steigt das Budget des Infrastrukturstressorts auf 2,612 Mrd. Euro (2008: 2,586 Mrd. Euro); für 2010 sind 2,762 Mrd. Euro budgetiert. In der neuen Bauprogramm-Periode 2009 bis 2014 werden im Jahresdurchschnitt 3,7 Milliarden Euro in Schiene und Straße investiert, davon 2,3 Mrd. in die Schiene, 1,4 Mrd. in die Straße. Der Zuwachs bei den Investitionen im Vergleich zur Bauprogramm-Periode 2008–2013 beträgt rund 610 Mio. Euro im Jahresdurchschnitt.

Parallel zur Ausweitung der Infrastrukturinvestitionen und zur Verbesserung des Schienenverkehrsangebots gibt es auch Einsparungen im Bereich der Verwaltung. So soll die ÖBB-Strukturreform für effizientere Abläufe sorgen.

Mehr Geld gibt es für die Forschung: Im Budget 2008 waren 317,5 Mio. Euro vorgesehen, 2009 sind es 339,6 Mio. Euro und 2010 344,8 Mio. Euro. Damit werden 2009 um rund 22 Mio. Euro und 2010 um rund 27 Mio. Euro mehr als 2008 aus dem Bud-

Wie bereits in der letzten Ausgabe von „SPÖ Aktuell“ berichtet, hat die SPÖ-geführte Bundesregierung ein Budget mit dem größten Beschäftigungsimpuls in der Geschichte der Zweiten Republik geschnürt. Mit zwei Beschäftigungspaketen mit einem Volumen von vier Milliarden Euro und mit umfangreichen Infrastrukturinvestitionen werden Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert. Ebenso wird deutlich mehr Geld für die soziale Absicherung älterer Menschen in die Hand genommen. So werden die Aufwendungen des Bundes für die Pensionen erhöht, und auch für

Pflegebedürftige stehen mehr Mittel zur Verfügung. Hier hat Sozialminister Rudolf Hundstorfer ganz klare Akzente gesetzt und dafür gesorgt, dass sich die Finanzkrise, die zur Wirtschaftskrise wurde, nicht zu einer sozialen Krise entwickelt. Und das Doppelbudget weist auch ganz klar in die Zukunft: Über 400 Millionen Euro zusätzlich stehen Bildungsministerin Claudia Schmied zur Weiterführung der Bildungsreformen zur Verfügung (siehe S. 8).

Im Folgenden stellen wir die von den SPÖ-geführten Ressorts gesetzten Schwerpunkte dar.

Arbeitsplatz!

get des BMVIT für Forschung vergeben. Zusätzlich werden im Jahr 2009 rund 55 Mio. Euro aus dem Klima- und Energiefonds für Forschung vergeben.



Jäger

Frauen: Frauenbudget um 14 Prozent erhöht

Auch das Frauenministerium bekommt heuer und nächstes Jahr mehr Mittel. Das Frauenbudget wird im Jahr 2009 um 14 Prozent und im Jahr 2010 um 12 Prozent erhöht. Erstmals stehen mehr als 10 Mio. Euro für die Frauenpolitik zur Verfügung. Damit ist es möglich, den laufenden Betrieb in den Frauenberatungsstellen aufrecht zu erhalten und auch neue Beratungsstellen einzurichten. Derzeit werden jährlich rund 100.000 Frauen in diesen Einrichtungen beraten. Es ist allerdings davon auszugehen, dass deutlich mehr Frauen die Unterstützung der Beratungsstellen in Anspruch nehmen werden. „Gerade in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es ein wichtiges Signal, dass die Anlaufstellen für Frauen ausreichend qualifizierte Beratungen anbieten können“, so Frauen- und Beamtenministerin Gabriele Heinisch-Hosek. Auch für die Frauenservicestellen sowie die Notrufe und die Interventionsstellen gegen Gewalt kann in den kommenden Jahren mehr Geld zur Verfügung gestellt werden. Und auch der vereinbarte Nationale Aktionsplan zur Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt kann koordiniert und umgesetzt werden.

Im Bereich des öffentlichen Dienstes möchte Heinisch-Hosek die Verhandlungen zu einem neuen Dienstrecht intensivieren. Dazu gehören auch Gespräche über ein neues Besoldungsrecht.



Grebe

Gesundheitsminister Alois Stöger

Gesundheit: Kassenfinanzierung gesichert

Noch im Vorjahr waren einzelne Gebietskrankenkassen vom Konkurs bedroht. Mit möglicherweise fatalen Folgen für Millionen Versicherte. Diese Situation ist laut Gesundheitsminister Alois Stöger vom Tisch. Die Bundesregierung hat ein klares Bekenntnis abgelegt, die finanzielle Absicherung der Gebietskrankenkassen aus Budgetmitteln zu schaffen. Die Kassen werden, wenn die Beiträge aufgrund der Wirtschaftskrise nicht dramatisch einbrechen, durch die im Budget gesetzten Liquiditätsmaßnahmen im Interesse der Krankenversicherten und deren Angehörigen stabilisiert. Der Bund stellt den Kassen in den nächsten Jahren mit den nun gesetzten Maßnahmen in Summe mehr als 730 Millionen Euro zur Verfügung. Folgende Maßnahmen konnte Gesundheitsminister Stöger ausverhandeln:

- » Der Hauptverband der Sozialversicherungsträger bekommt für das Geschäftsjahr 2009 einmalig einen Betrag von 45 Mio. Euro zur Verteilung an die Gebietskrankenkassen mit negativem Reinvermögen zur Verfügung.
- » Weiters sollen die aus Beiträgen der Gebietskrankenkassen gespeiste, gebundene Rücklage im Ausgleichsfonds (Katastrophenfonds) der Entschuldung der Kassen dienen.
- » Im Budgetbegleitgesetz findet sich zudem die Einrichtung eines Kassenstrukturfonds für die Kassen ab dem Geschäftsjahr 2010.



BMLV

Verteidigungsminister Norbert Darabos

Landesverteidigung/Sport: Heeres-Budget steigt um mehr als 3,5 Prozent

Das Österreichische Bundesheer ist 2009 mit mehr Budget ausgestattet als im vergangenen Jahr. Das Bundesheer-Budget steigt um mehr als 3,5 Prozent von 2,037 auf 2,109 Milliarden Euro. 2010 wird das Bundesheer-Budget 2,122 Milliarden Euro ausmachen. Zuzüglich der Sportagenden beträgt das Gesamtbudget für das Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport 2,210 Mrd. Euro (2009) sowie 2,233 Mrd. (2010). Darüber hinaus ist mit dem Finanzministerium vereinbart, dass im Jahr 2009 zusätzlich Rücklagen in der Höhe von 48 Mio. Euro ohne Einschränkung verbraucht werden können. Damit wird das Verteidigungsministerium mindestens 2,157 Mrd. Euro im Jahr 2009 investieren können. Zusätzlich fließen die Erlöse aus den Liegenschaftsverkäufen des Bundesheeres zu 100 Prozent ins Verteidigungsressort. Für den Sportbereich stehen mehr als 100 Mio. Euro zur Verfügung. Aufgrund des Anstiegs der „Besonderen Bundes-Sportförderung“ und der gesonderten Vereinbarungen zur Förderung von Investitionen für die Alpine Ski-WM in Schladming übersteigt das Budget für den Sport in Österreich im Jahr 2009 erneut die 100 Millionen Euro Grenze (100,761 Mio. Euro). Für 2010 stehen sogar 111,463 Mio. Euro für die Sportagenden zur Verfügung. Mit der parallel zum Budget verhandelten Novelle des Bundes-Sportförderungsgesetzes soll in diesem Jahr noch mehr Geld für die Förderung kleiner Sportvereine und zur Professionalisierung des Spitzensports zur Verfügung stehen. ♦

SCHULE

Ein Plus für die Bildung

Die Einigung im „Lehrer-Streit“ bringt unseren Schulen über 400 Millionen Euro mehr. Bildungsministerin Claudia Schmied hat für diesen zusätzlichen Finanzspielraum erfolgreich gekämpft.

Und sie bewegen sich doch. Gemeint sind die Spitzen der Lehrer-gewerkschaft, die nach langwierigen Verhandlungen, in denen sich Ministerin Claudia Schmied stets kompromissbereit gezeigt hat, endlich der Fortsetzung der so dringend notwendigen Reformen zugestimmt haben. Dank des großen Engagements von Schmied und auch dank eines entscheidenden Beitrags seitens der LehrerInnen (Verzicht auf Zulagen) hat die Bildungsministerin jetzt 422,5 Millionen Euro mehr zur Verfügung. „Damit sind für 2009 und 2010 die bildungspolitischen Projekte und der Kurs des bildungspolitischen



Fotolia

HINTERGRUND

422,5 Euro Millionen mehr für unsere Schulen

Hier eine Auswahl der wichtigsten Projekte, die jetzt fortgeführt werden können:

- ▶▶ 270 Mio. Euro für kleinere Klassen und mehr Kleingruppenunterricht
- ▶▶ 12 Mio. Euro für Kleingruppenunterricht an Berufsschulen
- ▶▶ 21 Mio. Euro für mehr und bessere Tagesbetreuung
- ▶▶ 43,5 Mio. Euro für eine bessere Sprachförderung
- ▶▶ 26 Mio. Euro für den Ausbau der Neuen Mittelschule
- ▶▶ 19 Mio. Euro für den Ausbau von Lehre und Matura
- ▶▶ 7 Mio. Euro für die Umsetzung der Bildungsstandards
- ▶▶ 1,7 Mio. Euro für die standardisierte kompetenzorientierte Reifeprüfung
- ▶▶ 1,1 Mio. Euro für die Einführung eines mittleren Managements an Bundesschulen
- ▶▶ 2,5 Mio. Euro für den Ausbau der Programme zur Gewaltprävention und
- ▶▶ 5 Mio. Euro für Privatschulenförderung.

**Endlich freie Bahn für die Verbesserungen der Schulen:
Dafür hat Claudia Schmied engagiert gekämpft.**

Aufbaus gesichert“, bekräftigte Schmied erfreut. Der Weg für die zügige Fortführung und Intensivierung der Reformen zur Verbesserung unserer Schulen ist damit frei.

Volle Unterstützung des Bundeskanzlers

Ein schöner Erfolg für Schmied, die von Anfang an klargemacht hat, dass es ihr darum geht, mehr Kinder in höhere Bildung zu bringen. Denn gerade jetzt ist eine bestmögliche Ausbildung Gebot der Stunde, damit wir für die Zeit nach der Wirtschaftskrise topausgebildete junge Menschen haben, die im globalen Wettbewerb um die Zukunftsressourcen Bildung und Know how bestehen können. Und vergessen wir nicht: Es geht auch und vor allem um die Lebens-Chancen unserer Kinder und Jugendlichen.

Das hat auch Bundeskanzler Werner Faymann mehrfach betont, der sich im so genannten „Lehrer-Streit“ klar hinter Ministerin Schmied gestellt hat. Und Faymann hat auch betont, dass er sich zukünftig „mehr Unterstützung des Koalitionspartners“ erwartet. Eine klare Absage an die

Taktik von Teilen der ÖVP und Teilen der Gewerkschaft, die Diskussion „in Richtung Null-Ergebnis“ zu verschieben. Genau das ist für die SPÖ, die für chancengerechte Bildung und für die Schule der Zukunft steht, nicht akzeptabel. Umso erfreulicher ist da, dass es jetzt endlich wieder heißt: Freie

„Für 2009 und 2010 sind die bildungspolitischen Projekte und der bildungspolitische Kurs gesichert.“

Bildungsministerin Claudia Schmied

Bahn für die Bildungsreform, von der alle profitieren. Die LehrerInnen und Eltern genauso wie unsere SchülerInnen. Wichtig ist auch, dass der Löwenanteil der Investitionen genau dorthin fließt, wo am meisten bewirkt werden kann – nämlich in die Verkleinerung der Klassen. Profitieren werden davon rund 740.000 SchülerInnen. Und auch bei der Regelung der schulautonomen Tage setzt Schmied auf bestmögliche Einbindung der Schulpartner, die noch bis September 2009 Vorschläge einbringen können, wie diese Tage eingesetzt werden sollen. ◆

EU-WAHL

SozialdemokratInnen legen los!

Der EU-Wahltag nähert sich mit Riesenschritten. Die KandidatInnen der Europäischen Sozialdemokratischen Fraktion, PES (Party of European Socialists) haben sich dafür bestens positioniert.

Zu den stimmigen Klängen von Duke Ellingtons „Take the A-train“ wurde direkt vor der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle das Plakat des „A-Teams für Europa“ präsentiert. Die Koordination des EU-Wahlkampfes hat Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter übernommen, der versicherte: „Unsere Partei kämpft für das Europa der ArbeitnehmerInnen, das Europa der sozialen Gerechtigkeit und gegen eine EU der Spekulanten und Konzerne.“ Die Liste wird von Hannes Swoboda und Evelyn Regner angeführt – beide sind GarantInnen für



Wahlkampfleiter Günther Kräuter präsentiert das Wahlplakat vor dem SPÖ-Haus in der Wiener Löwelstraße.

ZUM THEMA

Die 7-Punkte des „A-Team für Europa“

1. Sicherung von Arbeitsplätzen

Arbeitsplätze dürfen nicht länger der Profitgier zum Opfer fallen!

2. Bekämpfung

von Jugendarbeitslosigkeit

Dafür wird u.a. eine Ausbildungsgarantie für alle bis 18 Jahre sorgen.

3. Sicherung von Pensionen

Denn Pensionsvorsorge ist Staatsaufgabe!

4. Schutz vor Spekulationen

Die Finanzmärkte brauchen Regeln, mehr Kontrolle und ein Frühwarnsystem.

5. EU-Hilfe in der Krise

Für sofortige EU-Maßnahmen, die auch besser koordiniert werden müssen.

6. Vorrang sozialer Sicherheit

Gerechtigkeit und soziale Sicherheit müssen die obersten Ziele der EU sein.

7. Bekämpfung von Kriminalität

Kriminalität kann nur mit europaweit koordinierter Sicherheitsarbeit wirksam bekämpft werden.

den vollen Einsatz für Österreich in Europa. Im Rahmen der Kampagnenpräsentation stellte Swoboda das 7-Punkte-Programm vor, mit dem die SPÖ in die Wahlauseinandersetzung gehen wird und in dem die Sicherung von Arbeitsplätzen oberste Priorität hat.

Präsentation des PES-Wahlmanifests

Vergangen Samstag fand auch der Wahlkampfauftritt der PES in Toulouse statt, bei dem der Öffentlichkeit das Wahlmanifest präsentiert wurde. In diesem Manifest wird ein klares Bekenntnis zu einem sozialeren Europa, einer gerechteren Marktordnung und einer Abkehr von Lobbyismus und Spekulation abgelegt. Für die ersten 100 Tage nach der Wahl hat sich die PES einen 7-Stufen-Plan zurechtge-

legt, der Rezession und Massenarbeitslosigkeit begegnen will und das soziale Europa absichern wird. Die sieben Maßnahmen beinhalten einen besseren Beschäftigungspakt, mehr Frauenrechte, Regulation und Überwachung der Finanzmärkte, verstärkte Solidarität über die Ländergrenzen hinweg, einen neuen Klimapakt und vermehrte Entwicklungszusammenarbeit. „Das Wahlprogramm der SozialdemokratInnen ist eine Kampfansage gegen die Auswüchse des Neoliberalismus und des Kasinokapitalismus, für den die ArbeitnehmerInnen nicht die Zeche bezahlen dürfen“, so Kräuter, der überzeugt davon ist, mit diesem Programm die richtigen Lösungen anzubieten. Mit der Schwerpunktsetzung in Richtung soziales Europa ist das Manifest auch ein wichtiges Signal für die ÖsterreicherInnen, so Kräuter. ♦

GESUNDHEIT

Neues Grippevirus: Kein Grund zur Panik

Wie das Gesundheitsministerium bestätigt, sind in Österreich alle Vorkehrungen für das weltweit grassierende Grippevirus getroffen.



Für die österreichische Bevölkerung besteht kein Grund zur Sorge. Alle notwendigen Maßnahmen wurden gesetzt.

„Der Schutz der österreichischen Bevölkerung ist gewährleistet.“

Gesundheitsminister Alois Stöger

In Österreich sind die medizinischen Dienste mit dem nationalen Influenza-Pandemieplan gut vorbereitet“, erklärte Gesundheitsminister Alois Stöger kürzlich bei einer Pressekonferenz zum neuen Grippevirus, der „Schweinegrippe“. Es besteht daher kein Grund zu Panik: Bis Mittwoch wurde in Österreich ein Fall bestätigt, die junge Frau befindet sich jedoch schon wieder auf dem Weg der Besserung. Österreich ist jedenfalls für den Ernstfall gerüstet. Das Ministerium hat bereits einen Krisenstab eingerichtet und auch Vorsorgemaßnahmen, wie die Aufbereitung von Impfstoffen und die Verfügbarkeit von Schutzmaßnahmen und antiviralen Medikamenten wurden getroffen. Im Moment gibt es jedoch keinen Bedarf an

einem spezifischen Impfstoff. Oberste Priorität habe jetzt, so Stöger, die Information, daher stehe man mit den nationalen ExpertenInnen und den Landesgesundheitsbehörden ebenso in verstärktem Kontakt, wie mit europäischen und internationalen Behörden, um alle notwendigen Informationen an die Bevölkerung weiterzugeben. „Der Schutz der österreichischen Bevölkerung ist gewährleistet“, machte der Gesundheitsminister klar. ♦

INFO

Auf der Homepage des Gesundheitsministeriums stehen alle notwendigen Informationen bereit:

www.bmgfj.gv.at

Ebenso wurde eine Influenza-Infhotline unter **050 555 555** eingerichtet.

PFLEGE

Konsequente Sozialpolitik wird fortgesetzt

Der Bund setzt eine weitere soziale Maßnahme und zahlt die Pensionsversicherung pflegender Angehöriger künftig bereits ab der Pflegestufe drei.

Nicht selten kommt es vor, dass Menschen aufgrund des Pflegebedarfs ihrer Angehörigen ihre Berufstätigkeit einschränken oder gar aufgeben müssen. Diese sollen jetzt in Sachen Pensionsversicherung unterstützt werden. Der Bund übernimmt ab 1.7.2009 die Dienstnehmer- und Dienstgeberbeiträge für die freiwillige Pensionsversicherung für pflegende Angehörige. Bisher war die kostenlose Pensionsversicherung erst ab der Pflegestufe fünf und nur auf vier Jahre begrenzt möglich. Künftig werden die Kosten bereits ab der Pflegestufe drei und ohne zeitliche Begrenzung übernommen. Die Pflege von Menschen ist sehr zeitaufwändig und belastend, „daher hat der Gesetzgeber sukzessive Maßnahmen geschaffen, um pflegende Angehörige sozialversicherungsrechtlich

abzusichern, damit pflegebedürftige Menschen in ihrer gewohnten Umgebung verbleiben können“, erklärte Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Am Dienstag passierte die Gesetzesänderung den Ministerrat.

1.000 Personen profitieren

Laut dem Sozialminister werden 1.000 Personen von der Maßnahme profitieren, 1.700 Personen aus den höheren Pflegestufen nehmen dies bereits wahr. SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits begrüßte die Maßnahme zugunsten der Pflegenden ebenso wie SPÖ-Behindertensprecherin Ulrike Königsberger-Ludwig. Die Maßnahme des Sozialministers sei nicht nur eine notwendige Unterstützung für die Pflegenden, sondern erhöhe auch die Le-

bensqualität der Pflegebedürftigen, die somit einfacher Pflege zuhause in Anspruch nehmen können. ♦



Pflege durch Angehörige in vertrauter Umgebung wird nun einfacher: die Anrechnung der Pensionszeiten ermöglicht dies.

Bilderbox

Religion

Heiden, Christen, Juden und Muslime

Eine überkonfessionelle Betrachtung der österreichischen Religionsgeschichte zeigt ihre Verflechtung mit der allgemeinen Historie.

Dieses Buch beschäftigt sich aus überkonfessioneller und unpolitischer Sicht mit dem Glauben der ÖsterreicherInnen im Laufe der Geschichte und mit den Auseinandersetzungen, in die sie sich aus religiösen Gründen verstrickten. Seit der Toleranzgesetzgebung unter Joseph II. wurde – mit Ausnahme während der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft – in unserem Land niemand mehr vom Staat wegen seiner Religion verfolgt oder zu einem be-

stimmten Glauben gezwungen, wenn es auch immer wieder zu Benachteiligungen einzelner Gruppen aus religiösen Gründen kam. Ein Mangel an Information führt in der öffentlichen Meinung stets zu mangelnder Toleranz. Dieses Buch wurde geschrieben, um historische Hintergründe zu erläutern und dafür zu danken, dass das Menschenrecht auf freie Religionsausübung heute verfassungsmäßig jedem Bewohner dieses Landes zusteht und durchsetzbar ist. ♦

Politik

Die Perestroika des Kapitalismus

Woltron gibt eine fundierte Antwort auf die Finanzkrise und zeigt konkrete Lösungswege.

Die jüngste Finanzkrise zeigt es überdeutlich: Der Kapitalismus ist an seine Grenzen gestoßen, das neoliberale System befindet sich im Wandel. Selbst die überzeugtesten Anhänger der freien Wirtschaft erkennen, dass sie ihre Strategien überdenken müssen, und rufen den Staat zu Hilfe. Aber nicht nur Spekulation und Betrug haben den Neoliberalismus unterminiert. Die Wurzeln der Krise liegen viel tiefer: in der Natur des Menschen, alle Grenzen überschreiten zu wollen;

dem unregulierten globalen Wettbewerb; in der rastlosen Ausbeutung der Ressourcen. Das Problem ist erkannt, doch die weltweite Diskussion über Lösungsmöglichkeiten hat den Charakter eines Glaubenskrieges angenommen, ohne bislang überzeugende Lösungsangebote bieten zu können. Statt Untergangsszenarien zu beschwören, bringt Klaus Woltron Licht in das Dickicht der Wechselwirkungen und zeigt wirksame Gegenstrategien auf. ♦

Unterhaltung

Österreich mit anderen Augen sehen

Ein Buch, das hinter die Kulissen der Alpenrepublik schaut und (un)bekannte Besonderheiten mit Humor und Witz hervorkehrt.

Sissi, Wiener Schnitzel und der Stephansdom – okay, ist bekannt, aber kennen Sie damit Österreich wirklich oder nur die vielen Klischees? Harald Schume schaut hinter die Kulissen und lädt ein, Österreich einmal mit anderen Augen zu sehen. Er lässt Sie teilhaben am schrägen Humor, am Stolz auf Kunst und Kultur und nimmt Sie mit zum Heurigen und zum Zentralfriedhof. Er lästert über den österreichischen Fußball und macht Sie ebenso mit der Küche und der Kaffeehausstradition be-

kannt wie mit der hohen Kunst der Zwischentöne. Das Buch nähert sich dem „Österreichischen“ mit Augenzwinkern und auch mit Ernst. Große und kleinere Helden des Vaterlandes haben ihren Auftritt und auch die Halsabschneider bleiben nicht unerwähnt, man mordet ja schließlich nicht überall gleich. Und wer hierzulande dem Tod in die Arme fällt, hat wenigstens die Aussicht auf eine „schöne Leich“. Doch lassen Sie sich nicht irreführen: Schon Grillparzer wusste: „Es ist ein gutes Land.“ ♦

☐ Stk.


Anna Ehrlich:
Heiden, Christen, Juden und Muslime.
Amalthea Verlag, Wien 2009;
274 S., 24,95 €

☐ Stk.


Klaus Woltron:
Die Perestroika des Kapitalismus. Ein Aufruf zum Systemwechsel.
Residenz Verlag, St. Pölten
2009; 206 S., 17,90 €

☐ Stk.


Harald Schume:
50 einfache Dinge, die Sie über Österreich und die Österreicher wissen sollten.
Westend Verlag, München
2009; 226 S., 15,40 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



AK-WAHLEN

Arbeit schützen, Zukunft sichern!

Seit Jänner sind in den Bundesländern die Wahlen zur Arbeiterkammer im Gange. Einzig die Urnengänge in Wien und Niederösterreich sind noch ausständig.



AK-Präsident und Wiener FSG-Spitzenkandidat, Herbert Tumpel, kämpft um die Arbeitsplätze.

„Ich bin überzeugt, dass die ArbeitnehmerInnen den Kurs der FSG bestätigen werden.“

Hermann Haneder, Spitzenkandidat der FSG in Niederösterreich

Von 5. bis 18. Mai sind rund 640.000 ArbeitnehmerInnen in Wien und rund 424.000 in Niederösterreich berechtigt, sich an den Wahlen zur Zusammensetzung ihrer gesetzlichen Interessensvertretung, der Arbeiterkammer, zu be-

ZUM THEMA

Zu Redaktionsschluss stand das Ergebnis der AK-Wahlen in Kärnten noch nicht fest. „SPÖ-Aktuell“ wird in der nächsten Ausgabe ausführlich darüber berichten.

Die SpitzenkandidatenInnen der FSG und ihre Länderteams sind selbstverständlich auch im Web vertreten.

Die „SPÖ-Aktuell“ Webtipps:

www.herberttumpel.at
www.wien.arbeiterkammer.at
www.fsgnoe.at
www.noe.arbeiterkammer.at

teiligen. Für die FSG in Wien zieht der seit 1997 amtierende AK-Präsident Herbert Tumpel mit seinem Team ins Rennen. Fast 70 Prozent konnte er bei den letzten Wahlen 2004 erreichen. Das Wahlprogramm von Herbert Tumpel orientiert sich klar an den Herausforderungen der Krise und einer aktiven Interessensvertretungsarbeit für die ArbeitnehmerInnen: „Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben die Krise nicht verursacht, die Krise darf daher auch nicht auf ihren Rücken ausgetragen werden. Jetzt zählt wirklich jeder Euro und jeder Arbeitsplatz. Darum muss jetzt gekämpft werden“, so Tumpel. Der FSG-Wien-Wahlslogan „Arbeit schützen, Zukunft sichern!“ ist ein klares Signal an die ArbeitnehmerInnen.

Nicht nur Bildungseinrichtungen und Verkehrswege sollen gestärkt und verbessert werden, auch die Optimierung von AMS-Programmen und der Schutz atypischer Beschäftigter stehen im Zentrum der Arbeit der FSG-Wien. Überdies sollen 1.000 zusätzliche Plätze an berufsbildenden Schulen geschaffen und jene in überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen ausgebaut werden. Herbert Tumpel setzt sich zudem besonders für die Gleichbehandlung zwischen Männer und Frauen, vor-

allem in der Arbeitswelt, und einen aktiven ArbeitnehmerInnenschutz ein. Auch Reallohnzuwächse müssen, gerade in Zeiten der Krise, durch laufende Anpassung der Tarife, Absetz- und Freibeträge an den Verbraucherpreisindex gesichert sein.

Haneder: Für eine starke AK kämpfen

In dasselbe Horn wie Herbert Tumpel stößt auch Niederösterreichs FSG-Spitzenkandidat und AKNÖ-Vizepräsident, Hermann Haneder: „Die Beschäftigten sind nicht schuld an der Krise. Deshalb dürfen sie auch nicht noch mehr dafür bezahlen, als sie es ohnehin bereits mit Kurzarbeitsvereinbarungen oder Arbeitsplatz-Verlust tun.“ Auch Haneder fordert angesichts der zu Tage getretenen skandalösen Zustände an den internationalen Finanzmärkten und deren Auswirkungen auf die ArbeitnehmerInnen in Österreich (z.B. durch Arbeitsplatzverlust) stärkere Kontrollen von Spekulationen und Haftungspflichten für Manager. Eine Anhebung des Arbeitslosengeldes zumindest auf europäisches Niveau, eine deutliche Erhöhung der Freigrenzen bei der Notstandshilfe, Milderung der Partnereinkommensanrechnung, sowie die rasche Umsetzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung sind Haneder und seinem FSG-Team in Niederösterreich besondere Anliegen. Die Forderungen an die Landesregierung sind ebenso klar: Ein striktes Nein zu allen Anträgen der Umlagekürzung von allen in der Vollversammlung vertretenen Fraktionen und ein Ausbau der AKNÖ als verlässliche Stütze der ArbeitnehmerInnen gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. ♦



Wahlplakat der FSG-NÖ

WIEN

Der Landesparteitag der SPÖ setzte neue Maßstäbe



Der 64. Wiener Landesparteitag in der Wiener Stadthalle wartete mit zahlreichen Neuerungen auf:



Der mit eindrucksvollen 98,1 Prozent der Delegiertenstimmen wiedergewählte alte und neue Vorsitzende der SPÖ Wien, Michael Häupl, bei seiner Rede.

Erstmals waren alle SPÖ-Mitglieder eingeladen, sich vor Ort ein Bild von der politischen Arbeit der Wiener SPÖ zu machen. Weiters wurden die Reden von Bundeskanzler Werner Faymann und Bürgermeister Michael Häupl im Internet auf www.wien.spoe.at per Livestream übertragen. Faymann mahnte ein, dass soziale Werte zu den Grundwerten einer Gesellschaft gehören müssen, während Michael Häupl sein „Ja zu einem sozialen und demokratischen Europa“ bekräftigte. Auch hatten die befreundeten Organisationen und Referate der Wiener SPÖ Raum, ihre vielfältigen Tätigkeitsfelder zu präsentieren. Den krönenden Ab-

Fotos: SPÖ Wien



Die Wiener Stadthalle bot aufgrund ihrer Dimension die ideale Bühne, um ein Zeichen für die Größe und Vielfalt der Wiener SPÖ zu setzen.

schluss bildete die Uraufführung des von Christian Kolonovits neu arrangierten „Liedes der Arbeit“ sowie eine neue Fassung der „Internationale“. Die BesucherInnen erhielten zur Erinnerung eine eigen gestaltete CD mit den beiden Liedern. ♦

VOLKSHILFE

Neue Wege aus der Armut



Mit „AURORA plus. Neue Wege aus der Armut“ wurde in der Wiener Urania im Beisein von Sozialminister Rudolf Hundstorfer und Volkshilfe-Geschäftsführer Erich Fenninger eine von der EU-Kommission unterstützte Initiative zur Armutsbekämpfung in Österreich gestartet. In der EU leben 78 Millionen Menschen (16 Prozent) unter der Armutsgefährdungsschwelle. In Österreich sind rund eine Million Menschen (12 Prozent) armutsgefährdet. Dazu Sozialminister Hundstorfer: „Die Mindestsicherung als Mittel Armut zu bekämpfen, ist zur Zeit eines meiner wichtigsten Projekte.“ Bis zur geplanten Einführung der Mindestsicherung ist aber noch eine sehr aufwändige politische Prozedur zu vollziehen. ♦



Preis

Volkshilfe-Chef Erich Fenninger kann sich auf die Unterstützung von Sozialminister Rudolf Hundstorfer verlassen.

SALZBURG

Regierungsteam angelobt



In Salzburg wurde die Regierung Burgstaller II gewählt und angelobt. Sie setzt sich erneut aus Mitgliedern von SPÖ und ÖVP zusammen. Davor hat sich der neu gewählte Salzburger Landtag konstituiert welchem 15 Abgeordnete der SPÖ, 14 der ÖVP, fünf der FPÖ und 2 Grüne angehören. LH-Frau Gabi Burgstaller und ihr Stellvertreter Haslauer haben ein über 100 Seiten umfassendes Regierungsprogramm erarbeitet. Dieses forciert die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, aber auch die Stärkung der Wirtschaft als wichtigste Aufgabe der nächsten Regierungsperiode. ♦



APA/Neumayer

Angelobung des neuen Salzburger Landtages und der Salzburger Landesregierung im Chiemseehof Salzburg. Mitglieder der neuen und alten Landesregierung sind: Sepp Eisl, Doraja Eberle, Wilfried Haslauer, Gabi Burgstaller, David Brenner, Erika Schärer und Walter Blachfellner.



Wir brauchen mehr Steuergerechtigkeit

Der gf. ÖGB-Präsident Erich Foglar begrüßt die Steuerentlastung der SPÖ-geführten Regierung und legt die Vorstellungen des ÖGB zur stärkeren Belastung von Vermögen und Entlastung von Arbeit dar.

Viele ArbeitnehmerInnen haben es seit ein paar Tagen schwarz auf weiß: Die Steuersenkung und die Entlastung für Familien sind umgesetzt. Ab sofort bleibt den Menschen netto mehr von ihrem Bruttoeinkommen über. Damit hat die Bundesregierung unter einem sozialdemokratischen Bundeskanzler eine wesentliche Forderung des ÖGB umgesetzt. Zusammen mit der schon zuvor beschlossenen Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung für niedrige Einkommen bis 1.350 Euro und der 13. Familienbeihilfe ist dies ein wichtiger Schritt, der den privaten Konsum und damit die Wirtschaft sofort ankurbelt.

„Unser derzeitiges Steuersystem weist nach wie vor eine große Schieflage auf: Arbeit wird viel zu hoch, Vermögen hingegen viel zu niedrig besteuert.“

Erfreulich ist aus Sicht des ÖGB auch, dass die Mittel für das Sozialressort und das Arbeitsmarktservice erhöht wurden. Denn dadurch kann die Arbeitslosigkeit aktiv bekämpft und Jugendlichen eine gute Ausbildung garantiert werden.

Allerdings darf dieser erste Schritt der Steuersenkung nicht mit einer echten Steuerreform verwechselt werden. Unser derzeitiges Steuersystem weist nach wie vor eine große Schieflage auf: Arbeit wird viel zu hoch, Vermögen hingegen viel zu niedrig besteuert.

In Europa ist Österreich Schlusslicht bei der Besteuerung von Vermögenszuwächsen. Derzeit sind zum Beispiel Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren, wenn sie von Privatpersonen erzielt werden, nach einer einjährigen Behaltedauer völlig steuerfrei. Hin-



ÖGB-Präsident Foglar macht deutlich, dass die ArbeitnehmerInnen nicht die Zeche für die Finanz- und Wirtschaftskrise bezahlen sollen.

gegen werden Zinsen auf jedes normale Sparbuch sofort mit 25 Prozent besteuert. Daher brauchen wir mehr Steuergerechtigkeit. Zudem muss unser System der sozialen Sicherheit auf eine breitere Finanzierungsbasis gestellt werden. Löhne und Gehälter dürfen nicht mehr allein belastet werden, um unser Gesundheits- und Pensionssystem abzusichern. Darüber müssen wir sachlich und seriös diskutieren können.

Weiters wäre eine Finanztransaktionssteuer und die Wiedereinführung einer Börsenumsatzsteuer ein Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit und würde zumindest helfen, dass Finanzspekulationen einen Beitrag zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte leisten. Natürlich wäre die Wirkung am größten, wenn diese auf internationaler Ebene eingeführt werden.

Die ArbeitnehmerInnen können am allerwenigsten etwas für die Finanz- und Wirtschaftskrise. Ganz im Gegenteil: Sie wurden mit voller Wucht am härtesten getroffen. Wir werden und dürfen daher nicht zulassen, dass sie später durch drohenden Sozialabbau noch einmal für eine Krise zahlen müssen, für die sie nicht verantwortlich sind. Daher müssen wir nach dem ersten wichtigen Schritt der Steuersenkung gemeinsam für eine echte Steuerreform eintreten, damit wir zu einem neuen, fairen und gerechtem Steuersystem kommen. ♦

Erich Foglar ist seit 1. Dezember 2008 gf. ÖGB-Präsident. Davor war er Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung.

TERMINKALENDER

Freitag, 8. Mai

Auftaktveranstaltung zur Europawahlkampagne der SPÖ

Am 7. Juni wird in Österreich das Europäische Parlament gewählt. Die SPÖ tritt mit dem besten Team unter der Führung des Spitzenkandidaten Hannes Swoboda an. Ziel ist, wieder die stärkste Delegation im EU-Parlament zu stellen. Am 8. Mai ist der Startschuss der österreichweiten EU-Kampagne der SPÖ. Hochkarätige Festgäste werden den Wahlaufakt im Wiener Event Millennium Center begleiten: Bundeskanzler Werner Faymann, Wiens Bürgermeister Michael Häupl, sowie Hannes Swoboda und sein A-Team. Dominic Heinzl wird die Veranstaltung mit seiner Moderation abrunden und Sandra Pires wird für die entsprechende musikalische Untermalung sorgen. Um Anmeldung wird gebeten. Anmeldung: direkt@spoe.at oder Tel.: 0810 / 810 211

Beginn: 19 Uhr

Millennium Event Center

Wehlstraße 66 / 5. OG
1200 Wien

Samstag, 9. Mai

30 Jahre Südwind: Entwicklungspolitische Inlandsarbeit - Theorie und Praxis

Trotz vieler Erfolge ist „Entwicklungspolitik im eigenen Land“ nach wie vor notwendig. Die aktuellen Krisen (Klima, Ernährung, Wirtschaftskrise) treffen die ärmsten Länder im Süden am stärksten. Was sind heute notwendige Aufgaben, Ziele und Strategien entwicklungspolitischer Informations- und Bildungsarbeit? Welche Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten gibt es für mehr globale Gerechtigkeit und eine nachhaltige Entwicklung? Die Eröffnung wird von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer vorgenommen. Festredner: Walden Bello (Professor für Soziologie und Träger des Alternativen Nobelpreises). Am Podium: Irmgard Kirchner (Chefredakteurin Südwind-Magazin), Inge Jäger (Vorsitzende Südwind-Entwicklungspolitik).

Anmeldung: Südwind, Tel.: 01/405 55 15-312 oder per e-mail: 30jahre@suedwind.at

Beginn: 14 Uhr

Albert-Schweitzer-Haus

Schwarzspanierstraße 13
1090 Wien

Sonntag, 10. Mai

Befreiungsfeier in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen



Das KZ Mauthausen steht für den Holocaust und die Gräueltaten der Nazis.

Auch heuer findet wieder die Gedenkfeier unter internationaler Beteiligung anlässlich der Befreiung der Häftlinge des Konzentrationslagers Mauthausen statt. Zum 64. Mal jährt sich dieses Ereignis nun. Der diesjährige Themenschwerpunkt beschäftigt sich mit dem Widerstand gegen die Nationalsozialisten aus religiöser Überzeugung. Bundeskanzler Werner Faymann und SPÖ-EU-Spitzenkandidat Hannes Swoboda werden den Befreiungsfeierlichkeiten heuer beiwohnen. Programm: 9.30 Uhr Internationaler Jugendmarsch vom Platz vor dem Donausaal Mauthausen zur Gedenkstätte, 10 Uhr Kundgebungen bei den nationalen Denkmälern, 11 Uhr Einmarsch Appellplatz Gedenkstätte. Informationen zur Befreiungsfeier www.mauthausen-memorial.at

Beginn: 9 Uhr

Erinnerungsstraße 1
4310 Mauthausen

Montag, 11. Mai

EU-Wahl Großveranstaltung in Leoben

Auch in Leoben wird SPÖ-EU-Spitzenkandidat Hannes Swoboda Halt machen, um die Menschen vom Wahlmanifest der SPÖ und den Vorschlägen des A-Teams zu überzeugen. Von den steirischen SPÖ-Bezirksgeschäftsführungen werden Busse zum Event angeboten – die Anmeldung hierfür ist bei der jeweiligen Bezirksgeschäftsführung vorzunehmen. Gemeinsam mit LH Franz Voves, BK Werner Faymann und SPÖ-EU-Abgeordnetem Jörg Leichtfried wird Hannes Swoboda der Bevölkerung Rede und Antwort stehen. Informationen:

www.stmk.spoe.at

Beginn: 19 Uhr

Hauptplatz, Leoben

Mittwoch, 13. Mai

Diskussionsabend der SPÖ Liesing

Die SPÖ Liesing veranstaltet eine Diskussion zum Thema „Österreichisch leben – Europäisch denken. Die Zukunft einer bügernen Europäischen Union“. SPÖ-EU-Spitzenkandidat Hannes Swoboda stellt sich der Diskussion. Um Anmeldung wird gebeten unter: Ulrich Monika, Tel.: 01/865 356 8-13 ulrich.monika@spoe.at

Beginn: 19 Uhr

Liesinger Platz 3 / 2. Stock
1230 Wien

EU-Wahl Großveranstaltung in Linz

Im Zuge der Tour von Hannes Swoboda durch Österreich besucht der SPÖ-Spitzenkandidat für die EU-Wahlen die Stahlstadt und Kulturhauptstadt Linz. Auch hier wird die musikalische Untermalung Sandra Pires vornehmen. Moderiert wird von der EAV-Legende Klaus Eberhartinger. Programm: 19 Uhr Musikalische Eröffnung Sandra Pires, 19.10 Hauptrede LH-Stv. Erich Haider, 19.50 Klaus Eberhartinger im Europa-Talk mit SPÖ-EU-Spitzenkandidat Hannes Swoboda und SPÖ-EU-Kandidat Josef Weidenholzer.

Anmeldung:

Gabriella Urban, gabriella.urban@spoe.at oder 0732 / 77 26 11 - 0

Beginn: 19 Uhr (Einlass: 18.30 Uhr)

Design Center Linz

Europaplatz 1
4020 Linz

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18

Chefin v. Dienst: Mag^a. Ute Pichler

Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Daniela Fazekas, Alexander Lutz, Martin Oppenauer, Fabian Max Wallner, Sabine Weinberger, Layout: Thomas Lehmann, Bildredaktion: Emil Goldberg, Coverfoto: Halada

Bildbearbeitung: Max Stohanzl,

Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel.: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH., 1014 Wien, Löwelstraße 18

Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt

E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at

Homepage: www.spoe.at



Faymann zu Besuch in Haidach

Der RAG Erdgasspeicher Haidach wird bis 2011 eine Speicherkapazität haben, die etwa einem Viertel des österreichischen Erdgas-Gesamtjahresbedarfs entspricht. Bundeskanzler Werner Faymann besuchte im Rahmen der „Bei den Menschen und ihren Sorgen“ – Tour die ArbeitnehmerInnen des Erdgasspeichers. Allein in den letzten beiden Jahren hat die RAG mit der Erweiterung des Erdgasspeichers Haidach und anderer Projekte 156 neue Arbeitsplätze geschaffen.



PSE

Volle Power für ein soziales Europa

PSE-Vizepräsident und SPÖ-Spitzenkandidat Hannes Swoboda zeigt gemeinsam mit dem PSE-Fraktionschef im Europäischen Parlament, Martin Schulz, Kampfgeist: Mit ganzer Kraft werden sich die Europäischen SozialdemokratInnen für ein sozialeres Europa engagieren. (Ende April vor der Fraktionssitzung in Strassbourg)



Wenzel

Mädchen nicht in Klischees drängen

Anlässlich des „Girls' Day 2009“ hieß es für alle Mädchen, die Lust dazu hatten, in der Austro Control Zentrale die Luft der Berufswelt zu schnuppern. Und das im Beisein von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Verkehrsministerin Doris Bures. Anlass war der Wiener Töchtertag, mit dem Mädchen für Berufe interessiert werden sollen, die nicht typische Frauenberufe sind. Heinisch-Hosek zu den Mädchen: „Findet heraus, wo eure Stärken liegen und ergreift in diesen Sparten Berufe. Lasst euch nicht in irgendwelche Klischees drängen.“